

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Einzelhefte: 10 Pf. Alle Postkonten, Postämter und Geschäftsstellen sind angeschlossen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 95 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, den 23. April 1933

1000 Worte Genf.

Der Wolkenschieber! — Wort-Winde — „Kritischer Tag Tag erster Ordnung.“

Über den frühlingssprangenden Gestaden des Genfer Sees haben sich vor die Sonne der französischen Zuredenheit darüber, wie die Dinge bisher auf der Abrüstungskonferenz gingen, auf einmal recht dunkle Wolken geschoben. Und Vertinar, der überkluge Leitartikel des chauvinistischen „Echo de Paris“ und Intimus des französischen Außenministers, hat natürlich vermöge seines Scharfsinns sofort herausbekommen, wer dabei der „Wolkenschieber“ war. Selbstverständlich Deutschlands Vertreter in Genf! Wer denn sonst! Der „arbeite heimlich gegen Frankreich“. Der habe jetzt auch die englisch-italienisch-amerikanisch-deutsche Front gegen die Franzosen zusammengebracht, so daß nun der Angriff auf die schweren Angriffswaffen mit festgeschlossenen Reihen erfolgte. Vertinar hat längst noch nicht alles gemerkt; er hätte auch noch hinzufügen sollen: Dr. Brüning wählte bloß deswegen, um Tardieu nach Genf zu zwingen und ihn damit dem französischen Wahlkampf, der Verteidigung seines Mandats und seiner Mehrheit zu entziehen! Denn eilends ist Tardieu zusammen mit Macdonald nach dem wolkensüberhangenen Genf gefahren, um zu seinen dort gehaltenen Reden eine neue hinzu zufügen. Zehntausende von Worten hat er in Genf schon gesprochen. — Dr. Brüning hat vor der Öffentlichkeit noch kein einziges verloren, seitdem er sich in Genf der Arbeit widmete. Tausende von Worten aber werden jetzt fallen im Kampf der beiden Fronten, der sich ganz unmittelbar und ganz urplötzlich zuspitzte. Brüning, Macdonald, Tardieu, Grandi und Stimson — sie alle stehen jetzt im Nebelkampf. Hier gegen den einen, alle gegen Tardieu. In Schlagworten ausgeführt: Er will Sicherheit durch Erhaltung der Rüstung „beim Völkerverbund“, die andern wollen Sicherheit durch Beseitigung der Angriffswaffen. So klar und einfach, drastisch und unzweideutig sagt man das in Genf natürlich nicht, und man muß jeden etwa noch Gläubigen hinsichtlich der tausend Worte, die in Genf gesprochen werden, nur dringend vor dem mephistophelischen Rat warnen: „Im ganzen — haltet euch an Worte!“ Das tut in Genf jedenfalls niemand mehr. Nur wenn es gilt, festen und klaren Bindungen und Festlegungen auszuweichen, wofür es im Hauptausschuß der Konferenz ein wunderbares Beispiel gegeben hat. Dort hatte man eine Entschliebung gefaßt, wonach die Abrüstung „quantitativ“ für jedes Volk an die Voraussetzung der Sicherheit und der Aktionsfähigkeit im Interesse des Völkerverbundes geknüpft wurde. Das steht nämlich im Artikel 8 des Völkervertrags drin. Daran hat man sich gehalten, aber um so weniger will Tardieu sich an das in demselben Artikel geforderte „Mindestmaß“ der Rüstungen halten.

Daß sich sogar vor den Kulissen die Redewaffen lauter klirren freuzen — man tut einander dabei natürlich nicht weiter weh —, daß Tardieu eilends nach Genf kam, hat seinen Grund vor allem darin: Er muß nun bald den auffallenden außenpolitischen Erfolg hereinholen, den er im französischen Wahlkampf für sich und seine bisherige Regierungslokalität ausmünzen will. Denn dieser Wahlkampf dauert nur noch acht Tage und dann geht Frankreich zur Urne. Und vorläufig sieht es noch sehr zweifelhaft aus mit diesem gewünschten und erhofften Erfolg. Schnell hat Tardieu noch ein zweites Eisen ins Feuer geschoben: die gesamte Handelsfluggesellschaft aller Staaten soll „internationalisiert“ werden. Dieses Eisen wird Tardieu sicherlich weber rechtzeitig, noch überhaupt zum Glücken bringen können. Denn nicht bloß aus Flugzeugen, sondern noch einfacher aus jedem besseren Schiff kann man eine mehr oder weniger kriegsverwendungsfähige Waffe machen. Also müßten alle — Schiffe internationalisiert werden! Nichts ist so töricht, daß es in Genf nicht besprochen oder beantragt werden könnte. Und oft bedeuten tausend Worte Genf wirklich nichts anderes als eine recht unbedeutende Lufterschütterung. Bisher blieb es auch auf dieser Konferenz bei solchen Wort-Winden. Und wenn sie etwas lauter wurden, dann nur deshalb, weil hinter den Kulissen die Windmaschine ein bisschen schneller in Betrieb gesetzt wurde. Zu mehr entschlossen sich übrigens die Vertreter Russlands und der Türkei auch nicht, obwohl sie durch keinerlei Völkervertragsstatut in ihren Beschlüssen und Taten gehemmt werden. Bisher erlagen auch sie den Genfer Redebestuten.

In seiner „Weisheit des Brahmanen“ sagt Rüdert einmal:

„Den Göttern ein Verdruß
Den Menschen kein Genuß“

„Ist solch ein uferlos ergoßner Wörterfluß“ —
Das ewige Hin u. Her, das restlose Auf u. Ab dieser Redekampfes ertönt doch nur ernteres Gesäwchen und verstimmtes Fördern. Er überläßt die gar nicht mehr befristeten Verhandlungen über die Reparations- und Kriegsschuldenfrage und die Besprechungen wegen der

Nur eine Moratoriumsverlängerung?

Schlechte Aussichten für Deutschland.

In Genf „kompromisselt“ es auf allen Stellen. Man sucht überall einer endgültigen Entscheidung aus dem Wege zu gehen, weil man weiß, daß der Völkerverbund gar nicht in der Lage ist, eine solche Entscheidung wirklich durchzuführen. Es fehlt der internationale Gerichtsvollzieher, der das Urteil vollstrecken könnte, und dieser Mangel wird wohl auch nie behoben werden. Der japanisch-chinesische Konflikt ist eine drastische Illustration zu der völligen Machtlosigkeit des Völkerverbundes. Die Einigkeit-andererseits-Stimmung, die in der Abrüstungskonferenz herrscht, läßt sich nicht auf die anderen zahlreichen Konferenzen und Besprechungen ab, außer auf Frankreich, das immer bei der Stange bleibt und sich damit durchsetzt.

Nach Mitteilung von französischer Seite ist in der ersten Unterredung zwischen Brüning und Tardieu die Tributfrage und die Donaufrage nur oberflächlich gestreift worden. Jedoch hat sich bereits in dieser ersten Unterredung gezeigt, daß die französische Regierung gegenwärtig jedes Entgegenkommen in der Tributfrage sowie alle sachlichen deutschen Vorschläge für die endgültige Regelung auf das entschiedenste ablehnt. In der Unterredung ist nach dem Eindruck in französischen Kreisen ein Fortschritt in der Richtung einer Einigung nicht erzielt worden. Tardieu soll geltend gemacht haben, daß Deutschland durch die Inflation von allen inneren Schulden befreit sei und über einen hochentwickelten industriellen Apparat verfüge, so daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf tributpolitischem Gebiet nicht beschränkt werden könnte. Es besteht übereinstimmend in französischen Kreisen der Eindruck, daß vor der am 16. Juni stattfindenden Lausanner Konferenz eine grundsätzliche Einigung kaum erzielt werden wird.

Auch in englischen Kreisen ist in Genf besteht der Eindruck, daß zur Zeit keine Aussicht auf eine völlige Befreiung Deutschlands von den Tributzahlungen bestehe. Dieser Gedanke sei vollständig fallengelassen worden. Im Vordergrund stehe augenblicklich der Gedanke der Verlängerung des Tributmoratoriums. Soweit die Vereinigten Staaten in Frage kämen, sei man sich darüber klar, daß nichts geschehen könne, ehe nicht die Präsidentschaftswahlen in Amerika vorüber seien. Im allgemeinen werde man den Grundlag zu verfolgen suchen, daß bei einem Ausfall der Tributzahlungen auch an Amerika keine Zahlungen geleistet würden.

Verquidung der Kriegsschulden mit den Reparationen.

Staatssekretär Stimson hat dem Staatsdepartement auf Grund seiner Genfer Besprechungen offiziell mitgeteilt, daß kein Land Europas vor der Lausanner Konferenz Schulden bezahlen werde. Stimson erklärte offen, daß die Länder ihre Kriegsschuldenzahlungen von den Zahlungen Deutschlands abhängig machten und entgegen dem Protest Amerikas die Reparationen mit der Kriegsschuldenfrage zu verquiden.

Von hohen Beamten des Staatsdepartements wird zwar darauf hingewiesen, daß nach Beginn der Lausanner Konferenz weitere Verhandlungen stattfinden werden, aber gleichzeitig betont, daß die amerikanische Regierung, gestützt auf die Unterchriften der Schuldnerländer, auch weiterhin auf Einhaltung der bestehenden Zahlungsverpflichtungen drängen werde.

Lausanne endgültig 16. Juni.

Die Lausanner Konferenz soll nunmehr endgültig am 16. Juni beginnen. Als Präsident der Konferenz ist der frühere belgische Ministerpräsident Thennis in Aussicht genommen.

Donaufstaaten-Aktion, worüber, nach außen hin kaum hörbar, nur ein sanftes Redebächlein plätschert. Aber nicht bloß jener Rärm macht die dort im Strudel der Rede Schwimmenden und die Zuschauer nervös, sondern man wird ja gefährlichen Katarakten entgegengeschwemmt. Das weiß Tardieu. Und auch in Deutschland wählen vier Fünftel der Staatsbürger den Landtag. Daß von den Ergebnissen dieser preußischen, bayerischen, württembergischen, hamburgischen, anhaltischen Wahlen viel mehr als die politische Zukunft der betreffenden Länder abhängt, daß sie auch für die Weiterentwicklung im Reich und des Reichs von weittragender Bedeutung sind, macht den 24. April zu einem „kritischen Tag erster Ordnung“. Was an ihm geschieht, wie er entscheidet, — das wird mit 1000 Worten auch nach Genf hinüberdrönen.

Deutschland wird nicht mehr zahlen!

Diétrich über die Reparationsfrage.

Altona. Auf einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei erklärte Reichsjugendminister Diétrich:

„Das Reich steht heute im Endkampf um die Abrechnung des Krieges. Das Moratorium wird am 1. Juli ablaufen, aber Deutschland wird nach dem 1. Juli nicht mehr zahlen. Wenn ich, der zuständige Finanzminister des Deutschen Reiches, das schon ausgesprochen darf, ohne daß es zu internationalen Verwicklungen kommt, so kann man das als Beweis dafür ansehen, daß auch den Staatsmännern der anderen Länder die Sachlage ziemlich klar geworden sein muß.“

Frankreich sei in einer schwierigen Lage, denn die Zahlungen von Deutschland fielen aus; aber seine Schulden an Amerika müsse Frankreich weiterzahlen. Mehr und mehr zeige sich die politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit der Friedensverträge, die eines Tages von selbst völlig zusammenfallen würden.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Auf Wunsch Frankreichs.

Von französischer Seite sind gegenwärtig lebhaft Bestrebungen hinter den Kulissen im Gange, eine Verschiebung der Verhandlungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz bis nach den französischen Kammerwahlen, also bis Mitte Mai, herbeizuführen. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz wird sich, wie verlautet, am Sonnabend mit dieser Frage befassen.

Der französische Vertagungswunsch.

Der deutsche Sachverständige für die Donaufrage, Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krosigk, ist in Genf eingetroffen. Die Besprechungen der Donaufache sind am Sonnabend beginnen am Sonnabend.

Es bestätigt sich, daß die Franzosen beabsichtigen, in der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz eine Vertagung der Verhandlungen des Hauptausschusses und praktisch damit der gesamten Abrüstungskonferenz bis nach den französischen Kammerwahlen zu erreichen. Die deutsche Stellungnahme zu einem derartigen Vorhaben wird, wie verlautet, von allgemeinen außenpolitischen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden.

Verbot oder Internationalisierung der Angriffswaffen.

Frankreich setzt sich durch.

In der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab Henderson bekannt, daß der vielerörterte englische Antrag von 16 Staaten, der rumänische Gegenantrag von 13 Staaten unterstützt würde. Der englische Außenminister Simon machte sodann die Mitteilung, daß er eine

neue Formulierung für seinen Vorschlag

dem Hauptausschuß vorlege. Diese neue Formulierung nimmt jedoch dem englischen Antrag seine grundsätzliche Bedeutung. Nach dem neuen englischen Vorschlag heißt es jetzt, daß die Abrüstungskonferenz den Grundsatz der qualitativen Abrüstung annimmt, d. h. den Besitz oder Gebrauch bestimmter Rüstungskategorien entweder für alle Staaten verbietet oder es erfolgt eine Internationalisierung dieser Waffen durch ein internationales Abkommen. Durch diese neue Formulierung ist das bisher vorgesehene uneingeschränkt

Verbot aller Angriffswaffen aufgehoben

und als gleichberechtigte Maßnahme die von Frankreich geforderte Internationalisierung der schweren Angriffswaffen zugelassen. Die neue englische Kompromißformel läßt den Weg für beide Lösungen offen. Er wurde einstimmig vom Hauptausschuß angenommen.

Am Schluß der Sitzung wurde ein englischer Antrag angenommen, demzufolge die technische Ausschüsse der Konferenz jetzt beauftragt werden, die

Waffenkategorien, die als Angriffswaffen anzusehen sind,

festzustellen. Maßgebend für diese Feststellung soll der Gesichtspunkt sein, ob bestimmte Waffen für die Zivilbevölkerung bedrohend sind, den Charakter besonderer Angriffswaffen tragen oder besondere Wirksamkeit gegen die nationale Verteidigung in sich tragen. Der Hauptausschuß wird bis Montag nachmittag keine weiteren Sitzungen ab-